



Spandauer Stachel

ZEITUNG DER ALTERNATIVEN LISTE SPANDAU

Nr. 1 Jahrg. 2011

Aus dem Inhalt:

DIE STADT ALS BEUTE

Hillenberg, HOWOGE und SPD. Filzokratie bis in den Senat.

Seite 1,2

DIE PENETRANTESTEN LÜGEN...

Wie wir Verbraucherinnen von den Atomstromern für dumm verkauft werden sollen.

Seite 2,3

VON FUKUSCHIMA ZUR ENERGIEWENDE

Wie wieder einmal nur die Interessen der Großindustrie berücksichtigt werden.

Seite 3

WIR WERDEN DAS ANDERS MACHEN

Über Baumarbeiten müssen Spandauerinnen besser informiert werden.

Seite 4

FLUGROUTENDEBATTE

Ziel muss die Verringerung des Flugverkehrs sein.

Seite 5

„DEUTSCHENFEINDLICHKEIT“

Ein nationalistischer Kampfbegriff seit Versailles und nun von der FDP aufgegriffen.

Seite 5

VERWALTUNG NEU DENKEN

Die Folgen des ungesteuerten Kürzens.

Seite 6

SPARENTUT NOT!

Strukturen verändern statt Sparen mit dem Rasenmäher.

Seite 6

BVG AUF KURS BRINGEN!

Rot-Rot verschwendet 55 Mio. Euro wegen falscher Prioritätensetzung.

Seite 7

EHEC: NAGELPROBE DER INFORMATIONSPOLITIK DER STADT

Die Erkrankungshäufigkeit in Spandau ist Geheimsache.

Seite 8

Die Stadt als Beute

Der Fall Hillenberg und die Filzokratie der SPD

Im Juni 2009 findet im Restaurant „Il Castello“ im Berliner Stadtteil Buch ein Bürgerforum statt, zu dem der dortige Wahlkreisabgeordnete Hillenberg von der SPD eingeladen hat. Gesprächsgegenstand ist die Sanierung vergammelter Plattenbauten mit über 3.000 Wohnungen. Mit dabei der Chef der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE, Bernd Kirschner, der ebenfalls ein SPD-Parteibuch besitzt, und die Bausenatorin Ingeborg Junge-Reyer, natürlich auch von der SPD.

Die Besucher erfahren, dass die HOWOGE die maroden Plattenbauten übernommen hat und die Sanierung bald losgehen soll.

Kirschner erklärt den Anwesenden: „Bis 2013 werden rund 2.300 Wohnungen vollständig energetisch saniert.“ Den Anfang sollen drei elfgeschossige Hochhäuser an der Karower Straße machen, die zudem durch ein neu errichtetes „Stadtteilzentrum“ verbunden werden.

Bausenatorin Junge-Reyer kündigt ihrerseits einen „Geldregen für Buch“ an. Der rot-rote Senat werde zwischen 12 und 15 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen bereitstellen. Kitas, Schulen, Grünanlagen, aber auch Mieter werden nach Ansicht der Senatorin davon profitieren. Am Ende fasst der Abgeordnete Hillenberg zusammen: „Buch wird unbestritten an Attraktivität gewinnen.“ Welch schöne neue sozialdemokratische Welt!

Rechtswidrige Vergaben

Was der Wohltäter Hillenberg den Besuchern seiner Veranstaltung allerdings verschweigt, ist die Tatsache, dass er in seiner Eigenschaft als Bauplaner den Auftrag zur Sanierung der Hochhäuser in Buch bereits höchstpersönlich in der Tasche hat. Den Auftrag hat er nicht etwa im offenen Wettbewerb gegen andere Architekten und Ingenieure gewonnen. Er wurde ihm vom Vorstand der HOWOGE direkt zugeschant.

Angesichts des erzielbaren Honorars ist diese Direktvergabe unter Genossen nicht nur anrühlich, sondern auch rechtswidrig. Für die ersten drei Hochhäuser werden 6,8 Millionen Euro Baukosten veranschlagt. Unter 10 Prozent Honorar werden Planer wie Hillenberg bei so

etwas nicht tätig. Macht also knapp 700.000 Euro, die der Auftrag Hillenberg am Ende bringen kann. Ab 200.000 Euro Schätzwert ist vom Gesetz eine europaweite Ausschreibung der Planungsleistung zwingend



Angemessener Treffpunkt

vorgeschrieben.

Das gesetzwidrige Spiel wiederholt sich wenig später beim „Stadtteilzentrum“ Buch, das die HOWOGE ergänzend zu den Hochhäusern errichten will. Kostenpunkt 3,9 Millionen Euro. Wieder wird der Abgeordnete Hillenberg mit der Planung beauftragt, Macht rund 400.000 Euro Honorar. Auch dieser Auftrag hätte im Amtsblatt offen ausgeschrieben werden müssen.

Roter Filz Berliner Art

Ganz wohl ist es dem Abgeordneten Hillenberg bei der Sache nicht. Im Untersuchungsausschuss erinnert er sich später an Gespräche mit den Chefs der HOWOGE „Ich habe da mal nachgefragt. Mensch, nun ist das auch noch mein Wahlkreis...“ Aber die Beschwichtigungen der Genossen im Vorstand der HOWOGE und die Aussicht auf mehr als eine Million Euro Honorar sind offenbar geeignet, alle Bedenken wegzuspülen.

Hillenberg hätte besser auf sein Gefühl gehört. Denn von nun an

läuft für ihn alles schief. Anfang 2010 ist in der Zeitung zu lesen, dass die HOWOGE im Zuge der Modernisierung Mietsteigerungen plant, die in Einzelfällen bis zu 67 Prozent betragen. Wenig später kommt heraus, dass der Genosse Hillenberg an dieser Modernisierung kräftig mitverdient.

Schließlich kursiert auch noch ein Briefwechsel Hillenbergs mit dem Pankower Bürgermeister Köhne (SPD), in dem Hillenberg als gute Tat anbietet, eine Turnhalle des Bezirks ohne die vorgeschriebene Ausschreibung zu sanieren.

Jetzt geht es nicht mehr anders. Nach vier Stunden heftiger Auseinandersetzung

Foto: Stachel

muss Hillenberg die SPD Fraktion verlassen, darf aber in der SPD bleiben. Seinen Wahlkreis in Pankow verliert er auch.

Direktkandidat wird an seiner Stelle der Abgeordnete Lehmann. Lehmann tritt just an dem Tag von der FDP zur SPD über, an dem Wowereits Mehrheit im Parlament durch Hillenbergs Abgang auf eine einzige Stimme zu schrumpfen droht. Ein Schelm, der dabei auf böse Gedanken kommt.

„Man kennt sich eben“

Inzwischen liegt offen zu Tage, dass Hillenberg nicht nur in Buch die Aufträge bekam, wenn es bei der HOWOGE um Plattenbausanierung ging. „Man kennt sich eben“, erklärt er dazu in der Zeitung und meint damit die Geschäftsführer der HOWOGE, die Herren Adam und Kirschner und deren Vorgänger Dr. Baum, die allesamt ein SPD Parteibuch haben.

Ebenso gut kennt Hillenberg natürlich die Bausenatorin Junge-Reyer, **Fortsetzung Seite 2**



Die Stadt als Beute

Fortsetzung von Seite 1



Geschäftsstelle der HOWOGE

Foto: Stachel

die er nicht nur alle 14 Tage auf den Fraktionssitzungen der SPD trifft. Gleiches gilt für den ehemaligen Finanzsenator Sarrazin, der zusammen mit der Bausenatorin für die Politik der Wohnungsbaugesellschaften verantwortlich war.

Die Geschäftsbeziehung Hillenbergs zur HOWOGE ist so eng, dass er im Bauausschuss erklärt, er werde aus „bekannten Gründen“ an der Debatte nicht teilnehmen, wenn das Thema HOWOGE aufgerufen wird. Später schreibt er: „Auch den Vorstand der SPD Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus habe ich ständig

über meine unternehmerischen Aktivitäten informiert. Der Fraktionsvorstand hielt meine Tätigkeit im Bauausschuss stets nicht nur für unbedenklich sondern ausdrücklich für wünschenswert.“

Filzokratie bis in den Senat

Sarrazin leugnet erst gar nicht, dass ihm Hillenbergs Verquickung von politischem Mandat und unternehmerischer Tätigkeit bewusst war: „Mir war natürlich bekannt, daraus machte auch niemand ein Geheimnis, dass die HOWOGE und das Planungsbüro Hillenberg eine über viele Jah-

re gewachsene Geschäftsbeziehung hatten.“ Der Mann ist auf Rente und hat in Berlin kein Amt mehr zu verlieren.

Anders die Bausenatorin Ingeborg Junge-Reyer. Sie möchte gern mit Wowereit die nächste Wahl gewinnen und Senatorin bleiben. Sie behauptet: „Welche Aufträge Hillenberg von wem bekommen hat, das war mir nie bekannt.“ Darf man das glauben? Hinter vorgehaltener Hand heißt es aus der SPD dazu ironisch: „Dafür musste man sich als Sozialdemokrat aber sehr anstrengen.“

Junge-Reyer will auch nicht mitbekommen haben, dass Parteigenosse Hillenberg seine Aufträge nicht im offenen Wettbewerb gegen andere Architekten und Ingenieure gewinnen musste, sondern von der HOWOGE direkt zugeschanzt bekam. Sie verfolgt die Strategie der drei Affen „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“. Dafür nimmt sie in Kauf, dass ihre Ahnungslosigkeit sie für einen Senatsjob ungeeignet erscheinen lässt.

Sarrazin hingegen verweist auf eine ausführliche Darstellung der Vergabepaxis der HOWOGE, die auch Junge-Reyer vom Vorstand der HOWOGE erhalten hatte. Er schreibt, dass aus dieser Vorlage deutlich hervorging, dass die „Direktvergabe ohne förmliche Ausschreibung die wirtschaftlichste Lösung für die HOWOGE war“, und fügt an: „Ich habe diese Vorgehens-

weise von Anfang an und uneingeschränkt gebilligt.“

Zur Rechtswidrigkeit dieses Vorgehens sagt er gewohnt selbstherrlich: „Man muss immer zwischen Recht und Vernunft abwägen.“ Und zur Ahnungslosigkeit seiner Senatskollegin Junge-Reyer stellt er lakonisch fest: „Jeder verfügte über einen dicken Ordner, den konnte er lesen oder auch nicht.“

Die Stadt als Beute

In Berlin hat die SPD seit dem Ende des zweiten Weltkriegs ein Abonnement aufs Regieren. Satte 58 Jahre geht das schon so. Nur zwischen 1982 und 1989 gab es eine Unterbrechung.

Der Fall HOWOGE mit seiner Vetternwirtschaft bis in den Senat belegt nur aufs Neue, dass die Dauerherrschaft einer Partei höchst ungesund ist. Die Gewöhnung an Macht kann dafür sorgen, dass Einzelne, die lange in hohen Positionen sind, die Maßstäbe verlieren und glauben, über dem Recht zu stehen.

Bei der Wahl am 18. September besteht die Möglichkeit das Abo der SPD auf die Macht in Berlin zu beenden. Wir Grünen wollen stärkste Partei werden und endlich mal wieder eine Frau zur Regierenden Bürgermeisterin wählen. Die letzte war Louise Schröder 1947. Es muss nicht immer Wowi sein. Roten Filz hatte Berlin lange genug.

Jochen Esser, MdB

Die penetrantesten Lügen der energiepolitischen Debatte

Nach der Debatte um Fukushima droht nun erneut, dass Lügen und Desinformationskampagnen rationale Entscheidungen in der Energiepolitik verhindern.

Anstelle eines diffusen Meinungsstreits mit neuen wissenschaftlichen Studien brauchen wir jetzt den ungetrübten Blick auf einfache energiewirtschaftliche Sachverhalte. Nur so werden Öffentlichkeit und Entscheidungsträger auf allen Ebenen in die Lage versetzt, endlich die richtigen Weichen zu stellen.

Daher werden hier die vier penetrantesten Lügen der aktuellen energiepolitischen Debatte beleuchtet:

Lüge Nr. 1: Wenn die deutschen Atomkraftwerke stillgelegt werden, müssen wir Atomstrom aus dem Ausland importieren.

Fakt ist: Deutschland kann allein mit seinen konventionellen Kraftwerken und seinen Wasserkraftwerken rund 80 Gigawatt Strom erzeugen, was dem maximalen Strombedarf entspricht. Meist wird erheblich

weniger Strom verbraucht. Der Strom aus allen 17 deutschen Atomkraftwerksblöcken mit maximal rund 20 Gigawatt ist vollkommen überflüssig, selbst wenn man die Stromerzeugung aus Windenergie, Photovoltaik und Biomasse mit einer Spitzenleistung von heute schon

38 Gigawatt nicht berücksichtigt. Wenn Atomstrom aus dem Ausland importiert wird, dann liegt das zum einen an fehlerhaften Mechanismen an den Strombörsen. Zum anderen daran, dass etwa die Chemische Industrie auf dem Import französischen Atomstroms zu



Stromtrasse - überflüssig wie ein Kropf

Foto: Stachel

Dumpingpreisen besteht, statt die eigenen Stromsparpotenziale zu mobilisieren.

Lüge Nr. 2: Wir müssen vor allem die Offshore-Windenergie vorantreiben.

Fakt ist: In der Nord- und Ostsee sollen in den kommenden Jahren lediglich ein paar tausend Megawatt Offshore-Windenergie-Leistung aufgebaut werden (maximal 10 Gigawatt). Hingegen können an Land in ganz Deutschland kurzfristig weit mehr als 60 Gigawatt Windleistung zubaut werden, selbst wenn einzelne Bundesländer den Ausbau weiterhin blockieren sollten. Hinzu kommt ein gigantischer Photovoltaik-Zubau in Bürgerhand, den die Politik behindert. Die einseitige Offshore-Orientierung dient allein den Interessen der großen Energiekonzerne, die damit hohe Profite zu Lasten der Stromkunden erzielen wollen.

Lüge Nr. 3: Wir benötigen viele neue „Stromautobahnen“ von Nord- nach Süddeutschland.

Fakt ist: Werden in ganz Deutschland und insbesondere auch in Süddeutschland endlich die erneuerbaren Energien wie auch dezentrale Energiespeicher systematisch vorangetrieben, dann werden keine neu-

Fortsetzung Seite 3

Von Fukushima zur Energiewende?

Nach der medialen Show um Fukushima ist es nun sehr still um die Zustände in Japan geworden, das Thema ist in der Öffentlichkeit völlig out – ist alles überstanden?

Was die Strahlenschäden angeht, werden wir uns mit den Folgen noch länger auseinandersetzen müssen. Zugegeben wird erst etwas, wenn es bereits bewiesen ist. So hatten unabhängige Wissenschaftler schon zu Beginn der Katastrophe vermutet, das es aufgrund der gemessenen Stoffe zu einer Kernschmelze gekommen sein muss.

Vom Betreiber Tepco und den japanischen Behörden wurde stattdessen vor der Öffentlichkeit eine Kühl-Show abgezogen, wo durch die Einleitung gigantischer Mengen radioaktives Wasser ins Meer die Kernschmelze angeblich verhindert werden sollte.

Erst am 15. Mai gab Tepco zu, dass es bereits in den ersten Tagen nach dem Erdbeben vom 11. März 2011 zu weitgehenden Kernschmelzen gekommen ist

Die Brennstäbe des Reaktors 1 seien bereits kurz nach dem Erdbe-

ben durchgebrannt. Vollständig geschmolzen sollen sie den Angaben zufolge bereits etwa 16 Stunden danach gewesen sein. Dies geschah auch in den Reaktoren 2 und 3.

Somit ist es sehr wahrscheinlich, dass nicht der Tsunami, sondern bereits das Erdbeben den Super-Gau ausgelöst hat. Mittlerweile wurden auch Messwerte von 4.000 Millisievert zugegeben, die von einem Roboter südöstlich des Reaktorblockes 1 gemessen wurde. Nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz sterben bei dieser Dosis 50 Prozent der exponierten Personen nach drei bis sechs Wochen. Das Ende ist nicht abzusehen, in Belarus verkraftet das Gesundheitssystem die Folgen von Tschernobyl kaum noch. Neben Krebserkrankungen leiden die Menschen dort zunehmend an Immunschwächen und Erbschäden. Aber auch das nehmen wir nicht zur Kenntnis.

Immerhin möchte ja nun unsere Kanzlerin aus der Atomenergie aussteigen. Es ist sicher auch ein großer Erfolg der Anit-AKW-Bewegung, dass sie sich genötigt sah, die sieben ältesten Kraftwerke sofort vom Netz zu nehmen, die anderen dann bis 2022.

Obwohl die Abschaltung der alten Kraftwerke zu begrüßen ist, wird durch die Laufzeitgarantie der neuen, die auch gar nicht mehr so neu

freundliche Betreiberbefragung, es wurde lediglich Papier beschrieben und zwar in erster Linie von den Atomkraftwerksbetreiber selbst. Gerade die Kernschmelzfestigkeit



Zerstörter Block im AKW Fukushima

wurde überhaupt nicht berücksichtigt. Aber diese Darstellung würde ein eigenen Artikel benötigen.

Entscheidend für den weiteren Verlauf wird sein, ob eine wirkliche Energiewende gelingt.

Unbestrittener Hebel dafür ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das nun reformiert wird. Wer allerdings erwartet, die Energiewende wird voller Kraft angestoßen, kann nur bitter enttäuscht sein.

Offshore-Windanlagen, wegen der hohen Investitionen sind das immer Projekte der großen Energiekonzerne, werden zukünftig stärker gefördert, die Förderung der Anlagen an Land werden auf 1,5 Prozent gekürzt.

Richtig hart trifft es Teile der Bioenergie. Vor allem für kleine Biogasanlagen soll es Verschlechterungen bei der Vergütung geben. Zudem gefährdet die unflexible Vorgabe für die Wärmenutzungspflicht die Finanzierbarkeit von kleineren Anlagen.

Bei der Photovoltaik sollen die kleineren Anlagen auf Einfamilienhausdächern diskriminiert werden. Die Anlagen sollen künstlich und

statt auf 70% ihrer maximalen elektrischen Leistung herunter geregelt werden. Das ist so, als ob man in Autos eine Regelung einbaut, dass diese bei einem 100 PS-Motor nur noch mit maximal 70 PS fahren dürfen.

Eine große Umverteilung plant die Bundesregierung bei der EEG-Um-

lage. Bisher ist der Kreis der privilegierten Industrieunternehmen auf Unternehmen mit sehr großem Stromverbrauch eingeschränkt. Der Gesetzentwurf erweitert den Kreis drastisch. Jeder Euro, den diese Unternehmen bei der Umlage einsparen, muss dann der einfache Stromkunde zahlen.

Ein beschleunigter Verbundstromtrassen-Ausbau, die Orientierung auf konventionelle Großkraftwerke und die Offshore-Windenergie sowie die geplante weitere Begünstigung stromintensiver Industriebetriebe sind die klassischen Instrumente einer rückwärtsgewandten, konzernorientierten und verbrauchsfördernden Energiepolitik.

Einer Energiewende im Interesse der Bevölkerung, der Kommunen und Stadtwerke und der mittelständischen Unternehmen stehen sie diametral entgegen.

Die Stromkunden dürfen nicht für neue Verbundstromtrassen zur Kasse gebeten werden, da diese für eine bürgerfreundliche dezentrale Energiewirtschaft schlichtweg überflüssig sind.



Bürgerinnen wehren sich

Foto: Archiv

ben durchgebrannt. Vollständig geschmolzen sollen sie den Angaben zufolge bereits etwa 16 Stunden danach gewesen sein. Dies geschah auch in den Reaktoren 2 und 3.

Somit ist es sehr wahrscheinlich,

sind (Inbetriebnahme von 1981-1989) jedoch der falsche Eindruck erweckt, dass diese sicher sind. Auch bei diesen Reaktoren kann es zum Super-Gau kommen. Die so genannten AKW-Stresstests waren eine

Die penetrantesten Lügen Fortsetzung von Seite 2

en Verbundstromtrassen benötigt. Diese dienen allein der Absicherung der Marktmacht der Konzerne und sollen über drastische Strompreiserhöhungen erneut weitere Milliarden in die Konzernkassen spülen.

Lüge Nr. 4: Der Atomausstieg und der Umstieg auf Erneuerbare führt zwangsläufig zu massiven Strompreiserhöhungen.

Fakt ist: Während in den vergangenen Jahren die Kosten der Kon-

zerne für den Atomstrom deutlich sanken, stiegen beständig die Strompreise, allein deswegen, weil die Atomkonzerne immer dreister abkassiert haben. Aufgrund falscher Preisbildungsmechanismen in Deutschland sind die Kosten von den Preisen für die Privathaushalte vollkommen abgekoppelt. Drastische Kostensenkungen durch die Einspeisung von Solarstrom (Photovoltaik) werden von den Konzernen auf rechtswidrige Weise nicht an die

Stromkunden weitergegeben. Der immense Zubau erneuerbarer Energien in den vergangenen Jahren rechtfertigte laut Bundesnetzagentur keinerlei Strompreiserhöhung. Es ist unbestreitbar, dass eine dezentrale Energiewirtschaft in Bürgerhand, basierend auf heimischen erneuerbaren Energien, perspektivisch für die Bevölkerung die günstigste Alternative ist. Es gilt jetzt, das System der Abzocke durch Großkonzerne, den Import teurer Energierohstoffe und das Führen teurer Energiekriege auf Kosten der Steuerzahler zu beenden.

Impressum

Herausgeber: Verein zur Förderung alternativer Publizistik e.V.
V.i.S.d.P.: Ernst John
c/o Alternative Liste Spandau,
Stachelredaktion, Jagowstr. 15,
13585 Berlin,
Tel.: 335 97 14 Fax: 336 02 73
E-mail: ALSpandau@freenet.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder

Berichte der Bezirksverordneten der Alternativen Liste Spandau



Wir werden das anders machen!

**BürgerInnen besser über Baumarbeiten informieren?
Nicht mit CDU, FDP und Panthern!**

Alle BürgerInnen haben ein Recht zu erfahren, aus welchen Gründen „ihre“ Verwaltung eine bestimmte Maßnahme durchführt. Gerade beim Thema Bäume schlagen die Wellen

fürchteten, dass bald mit allen Linden ähnlich verfahren wird.

Während einer Besichtigung der Plantagen-Linden mit einem unabhängigen Baumsachverständigen

gemeinschaft mit mehr BürgerInnenservice tut. Man solle sich von außen nicht einmischen, riet die FDP. Mehr Informationen für die Plantage bezeichnete die CDU als nicht gerechtfertigte „Extrawurst“. Ein solcher Antrag helfe der Verwaltung nicht weiter. Auf den GAL-Einwand, dass das Bezirksamt bereits bei den Fällungen und Ersatzpflanzungen in der Zeppelinstraße mit Plakaten informiert hatte, hieß es nur, das sei doch etwas anderes. Der Antrag, der in erster Linie den Wissensstand und damit die Akzeptanz der BürgerInnen steigern sollte, wurde abgelehnt.

Auch der Stadtrat und CDU-Bürgermeisterkandidat Röding stemmte sich gegen zusätzlichen BürgerInnen-Service. Sichtlich genervt kündigte er schließlich aber doch an, ein Informationsplakat vorbereiten zu lassen, dass bei den nächsten baumpflegerischen Arbeiten an der Plantage aufgehängt wird. Das werde aber nicht ersetzt, schränkte er umgehend ein.

Eine transparentere Verwaltung ist von ihm offenbar nicht zu erwarten, sollte er im September gewählt werden. Die Spandauer Grünen haben



Radikalkur...

Foto: Stachel

oft hoch, da nicht nachvollziehbar ist, warum ein gesund aussehender Baum radikal beschnitten oder gefällt wird. Dabei ist es gar nicht so schwer, SpandauerInnen z. B. durch Plakate zu informieren. Die Ursachen, die Baumarbeiten erforderlich machen, wiederholen sich nämlich.

Doch selbst dieser schlichte Service an den BürgerInnen ist der Spandauer BVV-Mehrheit aus CDU, FDP und Panthern ein Dorn im Auge. Auch CDU-Bürgermeisterkandidat Röding scheint trotz gegenteiliger Aussagen kein Verfechter transparenten Verwaltungshandelns zu sein, wie sich auf der letzten Sitzung des Ausschusses für Natur-, Umweltschutz und Grünplanung am 8. Juni zeigte.

Die GAL wollte informieren

Die GAL-Fraktion hatte beantragt, die AnwohnerInnen der Plantage über die anstehenden baumpflegerischen Maßnahmen an den Linden zu informieren. Ob über Plakate oder Aushänge in den Hauseingängen, ließen wir bewusst offen. Bereits im Frühjahr wurde eine der jahrzehntealten Linden radikal beschnitten. AnwohnerInnen bezweifelten die Notwendigkeit und be-

stellte sich heraus, dass in den nächsten Jahren an vielen Linden pflegerische Arbeiten nötig sein werden. Die Ursachen liegen z. B. in der mangelnden Baumpflege nach dem Krieg oder der Unwirksamkeit von Arbeiten, die nach damaligem Wissensstand in den 70er und 80er Jahren



...oder Fällaktion

Foto: Stachel

erfolgten. Doch niemand darf davon ausgehen, dass die AnwohnerInnen diese Ursachen kennen – daher der Antrag der Grünen.

Während der Diskussion zeigte sich, wie schwer sich die Zähl-

in dieser Frage eine andere Herangehensweise. Wir halten es für unabdingbar, dass BürgerInnen so umfassend wie möglich über Maßnahmen der Verwaltung informiert werden.

Aus der Mai-BVV

Direkt abgestimmt wurde über unsere Forderung, die Regenbogenfahne während der Pride Week vom 18. bis 25. Juni vor dem Spandauer Rathaus zu hissen. Wie in den Vorjahren lehnte die Zählergemeinschaft aus CDU, FDP und Panthern ab. Das diesjährige Argument der CDU lautete: Diskriminierung ist mit der Fahne nicht zu beseitigen. Daher wird die Regenbogenfahne auch 2011 nur am Tag des CSD vor dem Rathaus hängen.

Baumfällungen in der Westerwaldstraße während der Brutzeit

Eine Bürgerin aus dem Falkenhagener Feld war sichtlich erbost. Nach dem 1. März wurden auf dem Parkplatz an der Westerwaldstraße 114 Bäume gefällt. In mindestens einem Baum brütete ein Elsternpaar. Obwohl die Bürgerin die Arbeiter aufforderte, die Arbeiten sofort zu stoppen, wurde der Baum gefällt. Als das Ordnungsamt eintraf, war es für Baum und Nest zu spät.

Die Bürgerin wandte sich mit einer Einwohnerfrage an die BVV. Bezirksstadtrat Röding erklärte, dass die Fällungen genehmigt waren. Gefällt werden konnte aber erst nach dem 1. März, da der Bebauungsplan vorher noch nicht rechtskräftig war. Das Bezirksamt wusste nicht, dass in einem der Bäume genistet wurde. Auf die Nachfrage der Bürgerin, ob Bäume auf Nester nicht untersucht werden müssten, erklärte Röding, dass die Untersuchung bereits im Herbst vergangenen Jahres stattfand. Man habe dem Vorhabenträger damals erklärt, dass er die Bäume vor den Fällungen erneut untersuchen müsse. Daher habe man jetzt ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet.

Für uns ist die Sache damit nicht erledigt. Eine vogelkundliche Untersuchung im Herbst kann lediglich die Frage klären, ob ein Baum Bruthöhlen enthält. Das hätte aber auch bei einer Untersuchung im Frühjahr festgestellt werden können, nachdem der Bebauungsplan rechtskräftig wurde. Die Untersuchung erfolgte zum falschen Zeitpunkt; wir werden uns in der kommenden BVV für die Änderung eines Verfahrens einsetzen, dass nur die Bauträger, nicht aber die Bäume und ihre Tierwelt schützt.

Weiteres aus der BVV ist nachzulesen auf der Homepage der AL: www.alspandau.de

Die Bezirksverordneten der GAL erreichen Sie über die **Alternative Liste Spandau**
KV von Bündnis 90/Die Grünen
Mo - Fr 13:00 - 14:00h
und nach Vereinbarung
Jagowstr. 15, 13585 Berlin
Tel.: 335 97 14 Fax: 336 02 73
E-Mail: ALSpandau@freenet.de

Flugroutendebatte: Lärmschutz vor Wirtschaftlichkeit!

Alternative Flugroutenvorschläge mindern den Lärm – Ziel muss die Verringerung des Flugverkehrs sein



Mehr Flüge, mehr Lärm

Foto: Stachel

Unterstützung für Abflugroute acht – darum warben die Bürgerinitiativen gegen Fluglärm auf ihrer Diskussionsveranstaltung am 24. Mai im Spandauer Bürgersaal.

BIs sind bisher durchaus erfolgreich

Die seit Herbst vergangenen Jahres aktiven Initiativen können bereits einige Erfolge vorweisen. „80 % der Gruselrouten sind vom Tisch“, erklärte Marela Bone-Winkel aus Steglitz-Zehlendorf. Jetzt geht es darum, die Route für Abflüge von Schönefeld in Richtung Norden und Osten zu verbessern. Derzeit ist geplant, die Flugzeuge bei Abflug in

Richtung Westen über dem Bereich Wannsee nach Nordosten abbiegen zu lassen. Da die Maschinen – abhängig von ihrer Größe und Auslastung – an dieser Stelle in geringer Höhe fliegen, ist mit erheblicher Lärmbelastung zu rechnen. Die Wasserfläche trägt zusätzlich zur Schallverbreitung bei. Die Bürgerinitiativen fordern daher ein späteres Abbiegen. Über die Route acht werden die Flugzeuge südwestlich an Berlin vorbeigeführt und biegen erst westlich Potsdams in Richtung Nordosten ab, ungefähr in Höhe des Autobahndreiecks Werder. Dadurch überfliegen sie Berlin in einer Höhe von ca.

6.000 Metern (ebenfalls abhängig von Größe und Auslastung).

Auf Flugdauer und Kerosinverbrauch hat die Abflugroute acht durchaus Auswirkungen. Flüge verlängern sich um rund 4 Minuten, eine Maschine auf dem Flug von Schönefeld nach Tokio würde bei einem Gesamtverbrauch von rund 46.000 Litern etwa 271 Liter Kerosin zusätzlich verbrauchen. Nach Ansicht der Bürgerinitiativen müssen die Fluggesellschaften diesen Mehrverbrauch akzeptieren, da der Lärmschutz durch den Umweg deutlich verbessert wird. Doch die Fluggesellschaften wehren sich: Sie sagen, dass der Mehrverbrauch wirtschaftlich nicht tragbar sei. Ein Argument, dass die Bürgerinitiativen nicht gelten lassen. Manfred Thüring, Sprecher der BI Spandauer Süden, beziffert die Mehrkosten auf durchschnittlich 2 Euro pro Passagier und geht fest davon aus, dass diese Summe auf die Fluggäste umgelegt werde.

Konsequentes Nachtflugverbot

Die Aussagen der Bürgerinitiativen, dass Schönefeld kein internationales Drehkreuz werden darf und Sicherheit sowie Lärmschutz vor Wirtschaftlichkeit gehen müsse, werden von den Spandauer Grünen genauso unterstützt wie die Forderung

nach einem konsequenten Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr. Auch den Mehrverbrauch, den die Abflugroute acht verursacht, halten wir für hinnehmbar, wenn dadurch der Lärmschutz deutlich verbessert wird.

Ein Infragestellen des Wachstums im Flugverkehr ist allerdings kaum zu erkennen. Ganz im Gegenteil. In einem von den Bürgerinitiativen vorgelegten Gegenkonzept zu Schönefeld werben sie damit, dass an dem ursprünglich zur Wahl stehenden Standort Sperenberg ein 24-Stunden-Flugbetrieb möglich gewesen wäre. Zudem wird von einer Zunahme der Flugbewegungen um bis zu 15 % jährlich ausgegangen.

Die grundsätzliche Kritik an immer mehr Flugbewegungen unterscheidet die Spandauer Grünen auch von den anderen Parteien im Bezirk. Meldungen über gestiegene Fluggastzahlen werden von SPD, Linken und CDU noch immer uneingeschränkt als Erfolge gefeiert. Übersehen wird dabei, dass die ökologischen und sozialen Folgen des Fliegens von der Allgemeinheit getragen werden. Fliegen ist eine unverzichtbare gesellschaftliche und technologische Errungenschaft. Unverantwortlich ist aber der Anspruch auf uneingeschränkte Mobilität.

„Deutschenfeindlichkeit“

Ein nationalistischer Kampfbegriff seit Versailles

Eltern und Lehrer berichten auch aus Spandau, dass SchülerInnen ohne Migrationshintergrund von SchülerInnen mit Migrationshintergrund gemobbt oder körperlich angegriffen werden.

Für die Spandauer FDP-Fraktion war das ein Anlass zu fordern, „Deutschenfeindlichkeit“ in die Berliner Landeskonzption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ aufzunehmen und in den Fokus der Anti-Gewalt-Arbeit zu stellen. Begründet wurde der Antrag u. a. mit Zitaten aus einem Artikel der Berliner GEW-Zeitschrift, in dem ein Lehrer deutschenfeindliche Übergriffe an seiner Schule beschrieben hat. Auf Wunsch der CDU-Fraktion berichteten zwei VertreterInnen der GEW in der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur am 10. Mai 2011 über das angebliche Phänomen der Deutschenfeindlichkeit.

Ein GEW-Vertreter, der selber an einer Schule in Tempelhof-Schöneberg unterrichtet, erklärte, dass der Begriff „Deutschenfeindlichkeit“ die soziale Realität verkennt. Allen

LehrerInnen sei vermutlich schon einmal Ausländerfeindlichkeit vorgeworfen worden, wenn einem/r Schüler/in mit Migrationshintergrund eine „5“ gegeben werden musste. Doch im Gespräch mit den SchülerInnen ist es fast immer möglich, das richtigzustellen.

Die zweite GEW-Vertreterin wies auf die historische Bedeutung des Begriffes „Deutschenfeindlichkeit“ hin. Seit Unterzeichnung des Versailler Vertrages wurde das Wort immer wieder von nationalistischen Parteien als Kampfbegriff verwendet. An Schulen bestimmter sozialer Brennpunkte taucht das Phänomen bisweilen in der Tat auf. Doch eine ideologisch motivierte Deutschenfeindlichkeit ist empirisch nicht festzustellen. Ebenso häufig werden an Schulen sozialer Brennpunkte auch leistungsstarke SchülerInnen mit Migrationshintergrund als „Streber“ gemobbt.

Empirisch durchaus feststellbar ist dagegen der Integrationswunsch junger Muslime in Deutschland. Die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ fand heraus, dass 95 % freund-

schaftliche Beziehungen zu Deutschen wünschen – nur 1 % lehnen Kontakte ab. Leider verweigert die Mehrheitsgesellschaft noch immer den Wunsch nach Integration. Die Studie „At Home in Europe“ stellte fest, dass sich 97 % der Muslime als „Deutsche“ fühlen, aber nur 11 % glauben, als Deutsche akzeptiert zu sein. Verweigerter Integration führt zu einem Phänomen, dass in der Forschung als „Selbstethnisierung“ bezeichnet wird.

Die GAL-Fraktion wird den Antrag der FDP zur Deutschenfeindlichkeit

ablehnen. Rassismus und nationalistische Herrschaftsansprüche sind nicht an Nationalitäten gebunden. Sie sind in allen Kulturen und bei allen Staatsangehörigkeiten anzutreffen. Jeder Übergriff, jede Demütigung und jeder Gewaltakt ist eine Tat, die die Grundrechte eines anderen Menschen verletzt – unabhängig davon, von wem und an wem sie begangen wird.

Solchen Taten ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Rechtspopulistische Anträge der FDP helfen dabei nicht weiter.



Geistige Nähe?

Foto: Archiv

Verwaltung neu denken

Eine moderne Verwaltung öffnet sich und beteiligt die Menschen. Sie bietet effizienten und transparenten Service unterstützt durch neue Medien. Dort, wo sie eine Aufgabe an Dritte delegiert, ist sie in der Lage zu steuern. Doch die Berliner Realität ist eine andere:

Die Folgen des ungesteuerten Kürzens

Durch inhaltlich ungesteuerte Kürzungen sind in den Bezirken ganze Aufgabengebiete ausgeblutet: Die Folgen sind verschlechterter Service und frustriertes Personal. Der lange unvermeidbare Einstellungsstopp hat die historisch gewachsenen Unterschiede bei Ausstattung und Aufgabenerfüllung zwischen den bezirklichen Verwaltungen noch vertieft. Wo neue Regelaufgaben entstanden, wie bei den Ordnungsämtern, lässt der rot-rote Senat häufig nur befristete Verträge zu. Vakante Stellen bleiben unbesetzt, unabhängig von der Dringlichkeit der Aufgabe. Der Altersdurchschnitt in der Verwaltung steigt, der Krankheitsstand ebenso, dagegen sinkt die Möglichkeit, flexibel auf neue Aufgabenstellungen, Einwohnervorschläge oder politische Vorgaben zu reagieren. Was wir bei der S-Bahn beklagen, ist in der Berliner Verwaltung schon lange Realität – arbeiten nach Notfahrplan!

Nun bietet sich eine einmalige Chance. Da bis 2017 in den Bezirken und der Hauptverwaltung rund ein Viertel der Beschäftigten in den Ruhestand geht, muss auf Grundlage einer zügig geführten Aufgabenkritik zielgerichtet neues Personal eingestellt werden. Gleichzeitig müssen wir den Wissenstransfer von den ausscheidenden zu den neuen MitarbeiterInnen gewährleisten.

Aber der rot-rote Senat ist auf die-

selbst wenn das Geld dafür im Etat vorhanden ist. Es fehlt ein Personalbedarfs- und entwicklungs-konzept. Das wird sich rächen, denn in wenigen Jahren wird sich Berlin um die besten Köpfe in ganz Deutschland streiten.

Neue MitarbeiterInnen braucht die Stadt

Wir werden QuereinsteigerInnen von Freien Trägern und der Wirtschaft brauchen. Wir brauchen Men-



Außen hui - innen pfui!

Foto: Stachel

se Mammutaufgabe denkbar schlecht vorbereitet. Entgegen der Ankündigung im Koalitionsvertrag gab es keine Aufgabenkritik. Der Stellenabbau geht ungebremst weiter. Der Finanzsenator blockiert Neueinstellungen,

um endlich die Vielfalt in der Bevölkerung in den Ämtern abzubilden. Die Verwaltung soll sich den Menschen und ihren Bedürfnissen mehr öffnen durch mehr Beteiligung z. B. über

Sparen tut not!

Strukturen verändern statt Sparen mit dem Rasenmäher

Man mag es schön finden oder auch nicht, aber die Verfassungsänderungen zur Schuldenbremse sind Realität und für Berlin bedeutet das in den nächsten 9 Jahren das strukturelle Defizit im Landshaushalt Jahr für Jahr um 200 Mio. Euro reduzieren zu müssen. Die Einhaltung dieser Vorgabe wird dabei im Stabilitätsrat von Bund und Ländern überwacht.

Wie soll das funktionieren, wo doch schon jetzt weite Teile der Verwaltung unter der Arbeit schier zusammenbrechen und viele Einrichtungen der sozialen, kulturellen oder pädagogischen Versorgung schließen mussten oder mit erheblichen Kürzungen klar kommen mussten.

Rot-Rot hat in den letzten 5 Jahren nicht mehr den Mut und die Kraft für strukturelle Entscheidungen gehabt und so wurden alle Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Hand für unverzichtbar erklärt, ständig neue Aufgaben für die Verwaltungen - wie die Verstärkung des Kinderschutzes - definiert. Der notwendige Haushaltsausgleich erfolgte dann bei wachsenden Ausgaben einfach dadurch, dass freiwerdende Stellen nicht wieder besetzt werden durften und Zuwendungen gekürzt

wurden. Nicht gezielte politische Entscheidungen haben also vorgegeben, welche Aufgaben entfallen sollen, sondern der pure Zufall. Wenn jemand in Pension ging, mussten die Kollegen die Arbeit mitübernehmen und wenn es die dritte Pensionierung in einem Aufgabengebiet war, dann wurde die Aufgabe eben nicht mehr sachgerecht erfüllt. Auf diese Art und Weise sind viele Bereiche der öffentlichen Verwaltung mittlerweile am Rande ihrer Arbeitsfähigkeit.

Das wollen wir ändern. Es braucht endlich eine Strukturreform der öffentlichen Verwaltung und klare Aufgabenkritik. Vieles was vor Jahren richtig und notwendig war, ist es heute in dieser Form nicht mehr. Daraus müssen dann die notwendigen Konsequenzen gezogen werden, um Personal und Geld für die neuen unverzichtbaren Aufgaben frei zu bekommen:

Da gibt es eine Stiftung, die 180 Wohneinheiten für Kriegsversehrte bereitstellen sollte. Vier dieser Wohnungen werden wirklich von der Zielgruppe bewohnt. Also wurde beschlossen, die Satzung zu verändern und allen Menschen mit einer

Schwerbehinderung von 50% den Einzug zu ermöglichen. Nur leider sind ganze zwei der Wohnungen barrierefrei und damit für schwerbehinderte Menschen geeignet. Die Mieten liegen bei 3,00 bis 4,20 Euro pro m² sind also sehr günstig. Und mit der Verwaltung des Ganzen ist die Verwaltungsgesellschaft Marzahner Tor beauftragt. Die Verwaltungskosten liegen bei 155.000 Euro jährlich.

Augenscheinlich hat die Stiftung ihren Zweck erfüllt. Man könnte die Wohnungen nun in eine der Berliner Wohnungsbaugesellschaften eingliedern oder sie einer der vielen Stiftungen übertragen, die sich um Wohnraum für Menschen mit Behinderungen bemühen.

Aber nein, es wird koste es was es wolle eine eigenständige Struktur aufrechterhalten, die in dieser Form gar keinen Zweck mehr erfüllen kann.

Es gibt hunderte dieser Beispiele in Berlin. Hier steckt erhebliches Sparpotential ohne dass es zu Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt kommen muss. Andere werden zur Folge haben, dass sich auch die Nutzer von Ein-

Bürgerhaushalte, Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement und mehr direkter Demokratie. Rot-Rot geht einen anderen Weg: Unser Vorschlag zu verbindlichen Bürgerentscheiden wurde von Rot-Rot gerade abgelehnt.

Egovernment-Strategie

Eine moderne Verwaltung muss die technischen Möglichkeiten nutzen: Um effizienter aber auch transparenter zu arbeiten. Unter dem Stichwort „Open data“ fordern engagierte Menschen, dass die Verwaltung Informationen in nutzerfreundlichen Formaten ins Internet stellt, damit sie von Interessierten gelesen und weiterverarbeitet werden können. Möglichst viele Vorgänge und Beteiligungsformen sollen zukünftig abschließend auch übers Internet möglich sein. Dafür brauchen wir eine einheitliche elektronische Verwaltungsstrategie (Egovernment-Strategie). So wie den energetischen Umbau des öffentlichen Gebäudestandes müssen wir auch Green IT (Grüne Informationstechnik), dass heißt ressourcen- und energiesparenden Einsatz von Informationstechnik zum Grundsatz machen.

Eine grüne Verwaltung und Regierung (Green Governance) meint es ernst mit einer demokratischen, einwohnerorientierten, aufgabengerechten, technischen und ökologischen Verwaltungsmodernisierung.

Thomas Birk, MdA

richtungen an veränderte Verfahren gewöhnen müssen. Vieles kann dabei besser, einfacher, unbürokratischer werden und trotzdem macht jede Veränderung erst einmal Angst oder schafft Unsicherheit. Aber es hilft nichts. Wir müssen es endlich angehen. Es macht doch einfach keinen Sinn, wenn ein Kind mit einem Hilfebedarf vormittags von einem Schulhelfer unterstützt wird und nachmittags eine andere Person bei den Hausaufgaben und der Freizeitgestaltung hilft, nur weil das eine Hilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und das andere nach dem Schulgesetz ist. Durch dieses Chaos gibt es Familien, die von bis zu sieben verschiedenen Institutionen betreut werden. Dies hilft weder den Familien, noch sichert es Qualität der Hilfe, aber es verschlingt Unsummen alleine für die Koordination der Helfer. Auch hier geht es also nicht darum, Ansprüche auf Hilfe zurückzudrängen, sondern dafür zu sorgen, dass diese qualitativ hochwertig und effektiv erbracht werden können.

All dies hat Rot-Rot verschlafen, weiter wie bisher und immer noch was oben drauf fordern war das Motto ihrer Politik.

Das muss anders und besser werden. Nur so können wir die Zukunftsaufgaben meistern.

Oliver Schruoffeneger, MdA

BVG auf Kurs bringen!

Bus- und Bahnfahren braucht konsequente Förderung

Busse und Bahnen müssen attraktiver werden. Dazu gibt es keine vernünftige Alternative. 250 Mio. Euro Zuschüsse erhält die BVG im Jahr für Investitionen und Betrieb. Und obwohl sich die BVG seit einiger Zeit redlich bemüht, kommt sie auf keinen grünen Zweig. Der Schuldenberg ist auf 750 Mio. Euro angewachsen. Er wächst alljährlich um mehr als 60 Mio. Euro, weil die BVG ein strukturelles Haushaltsdefizit erwirtschaftet, das sie nicht ausgleichen kann. Das könnte geändert werden, wenn der Rot-Rote Senat den Öffentlichen Verkehrsmitteln tatsächlich und nicht nur auf dem Papier den Vorrang vor dem Privatverkehr einräumen würde. Wenn die BVG mehr Fahrgäste hätte und wenn sie die Betriebskosten senken könnte. Ja wenn...

Es ist schwer zu verstehen, dass der Senat diese Ziele nicht unterstützt. Die Umweltsenatorin macht mit der Elektromobilität der Berliner Bahnen sogar Werbung auf internationalem Parkett. Das Wissen um die klima- und energiepolitischen Vorzüge der Straßenbahn ist im Senat vorhanden. Es bleibt leider ohne Konsequenzen, denn es werden und wurden keine Maßnahmen ergriffen, das Potenzial der Tram auszuschöpfen und das Netz zu erweitern.

Rot-Rot verschwendet 55 Mio. Euro wegen falscher Prioritätensetzung

Rot-Rot gibt vor, die öffentlichen Verkehrsmittel zu fördern. 55 Mio. Euro sind in die Beschleunigung von Bus und Tram investiert worden. Ziel war es, Busse und Bahnen durch bevorzugte Ampelschaltungen, Busspuren etc. schneller zu machen. Damit sollten sie attraktiver werden und zusätzliche Fahrgäste anziehen und somit der BVG höhere Fahrgelderträge verschaffen. Gleichzeitig sinkt dadurch der Aufwand für Personal, Kraftstoff und Fahrzeuge, weil in der selben Zeit größere Strecken gefahren und mehr Fahrgäste befördert werden können. Bedauerlicherweise sind trotz der 55 Mio. Euro-Investition die Busse nicht schneller geworden. Die Straßenbahn ist sogar langsamer als früher! Der Grund dafür liegt in der Inkonsequenz und dem Desinteresse des Senats. Obwohl z. B. die Umsetzung der Ampelvorrangschaltungen durch die Verkehrslenkung Berlin (VLB) nicht funktioniert, schreitet Rot-Rot nicht ein. Der Senat befasst sich lieber mit Straßen- und Autobahnneubauplanung. Im Gegenzug wurde der Bau attraktiver Straßenbahntrassen wie z. B. die Anbindung des Hauptbahnhofs jahrelang verschleppt. Statt der Straßenbahn ei-



Tram auch in Spandau

Foto: Stachel

gene Trassen einzuräumen, schickt sie Rot-Rot in den Verkehrsstau, wie z. B. in der Eberswalder Straße und künftig auch in der Invalidenstraße. Auf Busspuren lässt Rot-Rot zu allen möglichen Tages- und Nachtzeiten legales und illegales Parken zu und die geplante Straßenbahntrasse am Potsdamer Platz hat Rot-Rot mit dem Boulevard der Stars verbaut. Dabei ist die Steigerung der Klima- und Energieeffizienz gerade jetzt bei einem beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie eine Aufgabe von herausragender Bedeutung. Und angesichts von Schuldenbremse und drohender Finanzaufsicht muss eine Lösung für die Schuldenkrise der BVG gefunden werden. Sonst ist das gute Nahverkehrsangebot künftig nicht aufrecht zu erhalten.

Bündnisgrüne Lösungsvorschläge: Die guten Verkehrsangebote der BVG müssen noch besser werden. Das generiert zusätzliche Fahrgäste und spült zusätzliche Einnahmen in die Kassen der BVG, ganz ohne drehen an der Preisschraube. Busse und Bahnen müssen schneller, zuverlässiger und häufiger fahren und dies ohne Mehrkosten.

Unser Grünes Konzept für die Zukunft von Bus und Tram hat zwei Ebenen. Die Beschleunigung und den Ersatz ineffizienter Buslinien durch neue Straßenbahnlinien.

Konsequente Beschleunigung von Bus und Tram

Wir sind der Auffassung, dass vor allem die Beschleunigung der Metro- und Expressbuslinien nötig ist und dass man sie mit folgenden Schritten erreichen kann:

- Zunächst müssen die Ampelsteuerungen konsequent geändert werden, so dass Busse und Bahnen immer Grün haben, wenn sie an der Ampel ankommen.

- Dann brauchen Busse und Bahnen eigene Trassen, damit sie nicht mehr im Stau warten müssen. Die Länge der Busspuren hat sich seit der

Grünen Regierungsbeteiligung zur Wende kaum verändert. Höchste Zeit für neue Busspuren. Und damit Busspuren nicht ständig durch parkende Autos blockiert werden, legen wir sie in Gebieten mit hohem Parkdruck in Mittellage bzw. auf der ehemaligen Überholspur an. So stehen Busspuren den Bussen auch ohne großen Kontrollaufwand uneingeschränkt zur Verfügung. Ihre Haltestellen erreichen Busse jeweils hinter der Kreuzung. Die Ampelvorrangschaltung ermöglicht ihnen komplikationslos den Spurwechsel von ganz links nach ganz rechts. In Gebieten ohne Parkdruck werden Busspuren nach dem herkömmlichen Muster angelegt.

- Die Straßenbahnen bekommen Verkehrskorridore ganz für sich allein. Wo bislang die bauliche Trennung von der Kfz-Spur fehlt bzw. nicht vorgesehen ist, wird sie durch Abmarkierungen bzw. aufmodellerte Sperrlinien geschaffen.

- Das Beschleunigungskonzept von Bus und Tram wird eingebettet in eine umfassende Verkehrsstrategie, die insbesondere Konzepte für den Wirtschaftsverkehr, die nötigen Ladezonen, den Radverkehr aber auch für den motorisierten Individualverkehr beinhaltet. Die konsequente Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel und des Radverkehrs fördert den Verzicht aufs eigene Auto und vermindert so den motorisierten Individualverkehr. Das schafft automatisch mehr Platz für den Wirtschaftsverkehr ohne zusätzliche Investitionen.

Straßenbahnlinien ersetzen überforderten Busverkehr

Ein zweiter Schritt zur Effizienzsteigerung der öffentlichen Verkehrsmittel ist der Ersatz von Busverbin-

dungen durch neue Straßenbahnlinien. Das Schlüsselprojekt ist die Linie zwischen Alexanderplatz über den Potsdamer Platz zum Rathaus Steglitz. Zwischen Potsdamer Platz und Rathaus Steglitz fährt bislang der Metrobus M48. Er steht ständig im Stau und es gibt Pulkbildungen. Wenn diese Buslinien durch die Tram auf eigenem Gleisbett ersetzt werden, wandelt sich diese Ärgernis schlagartig zu einer zuverlässigen, 30% schnelleren Verkehrsverbindung.

Mit dem von Rot-Rot seit Jahren verschleppten Abschnitt zwischen Alex und Kulturforum ist das die Renaissance der fahrgaststärksten Straßenbahnlinie von Falkenberg nach Steglitz mit täglich 140.000 Fahrgästen. Diese Linie ist der Glücksfall für die Fahrgäste und die Lizenz zum Gelddrucken für die BVG.

Daneben gibt es weitere erfolgversprechende Tram-Linien. Die Verlängerung von Warschauer Straße zum Hermannplatz, die Verlängerung vom Hauptbahnhof über U-Bahnhof Turmstraße zum Mierendorffplatz, die Linie von Pankow Wollankstraße zur Turmstraße und die Tramlinie von Wittenbergplatz, Potsdamer Platz, Hermannplatz, Sonnenallee bis Köpenick.

Auch in Spandau könnte man die vorhandenen Bahntrassen nutzen um z.B. die Wasserstadt verkehrstechnisch besser anzubinden. Eine Tram würde die chronisch überlasteten Buslinien 136 und 236 deutlich entlasten. Auch die „Wiederbe-



Verkehrsangebote verbessern

Foto: Stachel

lebung“ der alten 55er oder 75er Linien wäre möglich.

Natürlich ist selbst unter Bündnisgrüner Regierungsbeteiligung nicht alles sofort umsetzbar.

Die Beschleunigung von Bus und Bahn ist als erster entscheidender Schritt sofort machbar. Für die Erweiterung des Tramnetzes werden wir Stück für Stück Baurecht schaffen und je nach Kassenlage die Projekte vorantreiben. Den Abschnitt vom Alex zum Kulturforum nehmen wir zuerst in Angriff. Lippenbekenntnisse machen die öffentlichen Verkehrsmittel nicht wirtschaftlicher und nicht attraktiver.

Wir werden den öffentlichen Verkehrsmitteln konsequent den Vorrang einräumen.

Claudia Hämmerling, MdA

EHEC: Nagelprobe der Informationspolitik der Stadt

EHEC lautet der Name des hochaggressiven Erregers, der bereits seit Mai diesen Jahres 35 Todesfälle verursacht hat. Inzwischen geht die Welle der Neuerkrankungen möglicherweise zurück, doch die Zahl der Todesfälle nimmt weiter zu. Die ursprüngliche Empfehlung, keine rohen

chen wurde, ohne dass sich an der bis dahin bekannten Sachlage etwas geändert hatte. Die Begründung, man habe auf dem Gemüse keine Erreger nachweisen können, ist nicht überzeugend. Der Erregernachweis auf Sprossen wurde erst ein Tag nach der Entwarnung veröffentlicht. Wei-

Norddeutschland nachweisen“ lasse. Das bedeutet, dass innerhalb von Berlin eine Übertragung der EHEC-Erreger nicht ausgeschlossen werden kann. Doch gäbe es keinen Anlass für Panik. Frau Lompscher betont - und da liegt sie sicher richtig - dass das Thema „für Berlin nicht so relevant“ sei wie für andere Regionen Deutschlands.

Will es ein Bürger genauer wissen, wird er von der Senatsverwaltung an die Gesundheitsämter der Bezirke oder auf das Informationsangebot der Bundesregierung verwiesen.

Senatsverwaltung nicht für Bürgerauskunft zuständig

Ein Anruf am 9. Mai bei der Senatsgesundheitsverwaltung führt zu der Seuchenreferentin. Sie erklärt, dass sie nicht für Bürgerfragen zuständig sei, sondern die bezirklichen Gesundheitsämter. Ihre Aufgabe sei die Koordinierung. Durch hartnäckiges Nachfragen konnte ihr folgende Empfehlung entlockt werden: Tomaten, Gurken und Sprossen sollten nur gegart verzehrt werden und auf Salat sei ganz zu verzichten. Die Frage, ob sich auch Patienten in Berlin angesteckt haben, konnten überhaupt nicht gestellt werden, da die Referentin ständig wiederholend auf die Bezirke verwies.

Spandau: Erkrankungshäufigkeit ist Geheimsache

Die Anfrage in einem Bezirk führt jedoch auch nicht weiter. Ein Anruf in der Telefonzentrale des Bezirksamtes von Spandau noch vor der Verzehrswarnung löste offenbar Verwirrung aus. Auf die Frage nach der Durchfallerkrankung EHEC wurde zum Sozialpsychiatrischen Dienst vermittelt.

Bei dem zweiten Anlauf informierte eine Gesundheitsaufseherin des Gesundheitsamtes. Sie wollte nicht so weit gehen wie die Seuchenreferentin der Senatsgesundheitsverwaltung. Es reiche aus, Obst und Gemüse gut zu waschen. Über die Zahl der in Spandau erkrankten oder auch gestorbenen EHEC-Patienten dürfe sie aus Datenschutzgründen keine Auskunft geben.

Den Senat in die Pflicht nehmen

Angesichts einer äußerst aggressiven Seuche, an der auch Berliner mehr und mehr erkrankt sind, ist die Informationspolitik der Gesundheitsministerin scharf zu kritisieren. Der Bürger hat den Anspruch auf

sachkundige Beratung. Es sollte auch Auskunft über die Ansteckungsgefahr in Berlin gegeben werden.

Gesundheitsministerin Lompscher sollte sich ein Beispiel an Bayern nehmen. Dort gibt es eine Hotline, die jedem Bürger auf individuelle Fragen Auskunft gibt. So kann man dort erfahren, wie viele Erkrankungen in diesem Bundesland bekannt sind. Auch wird darauf hingewiesen,

dass es keinen einzigen Erkrankungsfall gibt, der auf eine Ansteckung innerhalb von Bayern hinweist. Warum in Berlin keine Hotline angeboten wird, ist unklar. Zumindest liegt es nicht an der unterschiedlichen Häufigkeit der Erkrankung. Denn in Berlin sind relativ zu der Bevölkerungszahl mehr Menschen an EHEC erkrankt als in Bayern.

Die Senatorin vernachlässigt ihre Pflichten, wenn sie bei einem Seuchenausbruch, der bundesweit in sehr kurzer Zeit bisher zu über 35 Todesfällen geführt hat, die individuelle Beratung und Information auf die bezirklichen Gesundheitsämter abschiebt.

Der massive Ausbruch von EHEC in Deutschland ist neu. Sicherlich waren viele Personen, die im öffentlichen Gesundheitsdienst tätig sind, nicht seit Beginn der Seuche über jedes Detail der Ausbreitungsmöglichkeit informiert. So lassen sich viele Fragen nur von Experten beantworten. Hinzu kommt, dass ein großer Teil der Fragen noch nicht befriedigend beantwortbar ist. In dieser Situation ist es nicht nachvollziehbar, dass Senatorin Lompscher Information und Beratung der Bürger über diese aggressive Seuche den Gesundheitsämtern überlässt.

Bereits jetzt können Lehren aus dem Verhalten der Berliner Verwaltung gezogen werden. In einer so unübersichtlichen Situation, die immer noch in Folge der EHEC-Seuche in Berlin zu verzeichnen ist, darf die Bürgerberatung nicht den Bezirken überlassen werden.

Interessant wäre zu analysieren, ob auf anderen Gebieten der Gesundheitspolitik eine ähnliche Überforderung der Senatorin zu verzeichnen ist. Zumindest schiebt sie die Verantwortung über den misslungenen

Nichtraucherschutz in Berlin auf andere ab. Es gäbe keinen Regelungsbedarf, sondern einen Kontrollbedarf und dafür seien die Bezirke zuständig. Ein weitergehender Regelungsbedarf müsse auf Bundesebene erfolgen. **Dr. Johannes Spatz** (www.forum-rauchfrei.de)



Umsatzverlust für Kleingewerbetreibende

Foto: Stachel

Gurken, Tomaten und Salate zu verzehren, wurde am 10.06.2011 aufgehoben. An der Warnung vor Sprossen wird noch festgehalten. Bundesweit wurden bis zu diesem Datum über 2800 Fälle - vorwiegend aus Norddeutschland - bekannt. Darunter befanden sich 720 Patienten mit blutigen Durchfällen und Nierenversagen. Die öffentliche Kommunikation über die Seuche ist problematisch. Bei konkreten Anfragen über die Berliner Situation wird von Gesundheitsministerin Katrin Lompscher auf die Gesundheitsämter der Bezirke verwiesen.

Konkurrenz auf Bundesebene

Auf Bundesebene wird kritisiert, dass die Informationspolitik zwischen verschiedenen Bundeseinrichtungen (Robert Koch Institut, Institut für Risikobewertung und Bundesamt für Verbraucherschutz) und den Bundesländern nicht funktioniere. Die daraus resultierenden unterschiedlichen Empfehlungen und Vermutungen hätten zu einer Verunsicherung der Bevölkerung geführt.

Ob allerdings die vielfach geforderte Zusammenführung der Kompetenzen der Bevölkerung dienlich wäre, muss hinterfragt werden. Zumindest ist es erstaunlich, dass plötzlich bei einer gemeinsamen Pressekonferenz dieser Institutionen am 10. Juni die Entwarnung für den Verzehr von Gurken, Tomaten und Salaten ausgespro-

chtere Diskussionen über mögliche Übertragungspfade wie einer Infektion von Mensch zu Nahrungsmittel zu Mensch spielen mittlerweile in der Diskussion keine Rolle mehr.

Diese zentrale Entscheidung kam unter heftigen internationalen Druck zustande. Sehr ungewöhnlich war die Anreise des EU-Gesundheitskommissars John Dalli in Berlin zu einem Gipfeltreffen der Landes- und Bundesminister, die im Vorfeld der Entwarnung abrief. Auffällig war auch das rührige Auftreten der Vertreter des Bauernverbandes. Und sicherlich spielten die zeitgleich auftauchenden Schadensschätzungen, die europaweit eine Summe von mehr als 600 Millionen EURO umfassten, eine gewichtige Rolle. Die Frage, ob die Wirtschaft die Gesundheit dominiert hat, steht im Raum.

Gesundheitsministerin Lompscher verweist auf die Bezirke

In Berlin gibt es nur spärliche Informationen über die Verbreitung von EHEC in dieser Stadt.

Ab und zu gab die zuständige Ministerin Katrin Lompscher eine wortkarge Mitteilung heraus oder informierte die Presse auf einer Konferenz. Am 7. Mai kann man im Internet von der Senatsgesundheitsverwaltung erstmals immerhin erfahren, dass sich „nicht in allen Fällen“ der in Berlin erkrankten Menschen „eine direkte Verbindung nach

